DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | Berlin, Dezember 1931 | Nummer 12



Inhalt:

Krise der Volksgesundheit. Dr. Minna Flake / Soziale Not und soziale Psychotherapie. Prof. A. Kronfeld / Programm der sozialistischen Aerzte Ungarns / Die Stellung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie zur Frau der werktätigen Bevölkerung. Dr. Annemarie Bieber / Protest der Kriegsbeschädigten gegen die Abbaupsychose / Zur außerordentlichen Tagung des Hartmannbundes / Nach der Zahnärztekammerwahl / Rundschau / Aus der sozialistischen Aerztebewegung / Bücher und Zeitschriften / Internationale Vereinigung sozialistischer Aerzte (vorläufige Richtlinien)

Verein Sozialistischer Aerzte

(ORTSGRUPPE GROSS-BERLIN)

SITZUNG

Freitag, den 8. Januar 1932, abends 8 Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bellevuestraße 15 (Potsdamer Platz)

TAGESORDNUNG:

1. **Die Grenzen der gegenwärtigen Jugendfürsorge.**
   Referent: **Justus Ehrhardt** (Landesjugendamt).
2. **Arzt und Jugendpfleger.**
   Referent: Dr. **Ernst Haase.**

Zur Diskussion sind u. a. vorgemerkt:

Stadtrat **Walter Friedländer,**
Dr. **Erna Magnus,**
Dr. **Wilhelm Reich,**
Landtagsabgeordneter **Karl Schultz.**
Dr. **Erna Corte.**

Gäste willkommen!

DER VORSTAND.
Dr. Ewald Fabian, Hohenzollerndamm 191

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte
Publikationsorgan der I. V. S. Ä.
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | Berlin, Dezember 1931 | Nummer 12

Krise der Volksgesundheit

Von Dr. Minna Flake.

Der Krisenwinter 1931/32 zeigt alle Merkmale eines jähen Absturzes der bürgerlichen Gesellschaft. Die Fundamente der kapitalistischen Wirtschaft sind erschüttert. In den Niedergang der Produktion wird der ganze gesellschaftliche Ueberbau mit hineingerissen. Wie in allen großen kapitalistischen Krisen sind auch heute die ärmsten Bevölkerungsschichten am meisten bedroht; sie sind den Auswirkungen der Betriebsstillegungen und Produktionseinschränkungen schutzlos preisgegeben. Die kapitalistische Lösung der Krise ist nur möglich, wenn der Widerstand der Arbeiterschaft nicht ausreicht, die Abwälzung aller Lasten auf die Besitzlosen zu verhindern. Die Politik der gegenwärtigen Regierung ist das Programm der Lastenabwälzung auf die Arbeiter- und Mittelschichten. Die 5 Millionen-Erwerbslosigkeit, 20- bis 30prozentiger Abbau der Löhne und Gehälter, Kürzung und völlige Beseitigung der Renten, totale Vernichtung zahlreicher volksgesundheitlicher Einrichtungen, verheerender Einbruch in die Sozialversicherung, systematischer Abbau der sozialpolitischen Leistungen in Verbindung mit der Erhöhung der Massensteuern und einer protektionistischen Zollpolitik sind zur schwersten unmittelbaren Gefahr für die Volksgesundheit geworden. Alle Errungenschaften, die die Arbeiterschaft im Verein mit fortschrittlich gesinnten Aerzten und Sozialhygienikern in jahrzehntelangem Kampfe gegen kurzsichtige und reaktionäre Regierungen und Behörden erkämpfen mußte, sind bedroht. Denn es ist eine leider viel zu wenig beachtete Tatsache, daß alle Fortschritte auf dem Gebiete der Volksgesundheit und Sozialhygiene in erster Linie das Werk der Arbeiterklasse selbst sind. Nur unter dem Druck der werktätigen Bevölkerung hat die Regierung jeweils den in den Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamenten von den Arbeiterparteien eingebrachten Anträgen Verwirklichung zusagen müssen.

Auf Antrag des Reichstages hat die Regierung jetzt — ähnlich wie in früheren Jahren — eine im Reichsgesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes (abgeschlossen im August 1931) heraus-

gebracht. Diese Denkschrift trägt offiziösen Charakter und dient in ihrer gesamten Tendenz der Rechtfertigung der Regierungspolitik. Das Tatsachenmaterial ist unter diesen Gesichtspunkten geordnet, und es ist infolgedessen auch kein Zufall, daß die Schlußfolgerungen, die das Reichsgesundheitsamt im einzelnen zieht, zum stärksten Widerspruch herausfordern. Für den „wissenschaftlichen" Charakter der Untersuchungsmethode des Reichsgesundheitsamts sind die Feststellungen über die Erwerbsverhältnisse geradezu klassisch zu nennen.

Es wird in der Denkschrift zugegeben, „daß sich die Erwerbsverhältnisse tatsächlich erheblich verschlechtert haben, weil sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren in denkbar ungünstiger Weise entwickelt hat. Diese Entwicklung wird durch eine Statistik verdeutlicht. Bei den über die Arbeitsverhältnisse fortlaufend berichtenden Gewerkschaften trafen auf 100 Mitglieder:

Jahr	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1907/13	2,3	—
1922	1,5	2,8
1923	9,6	26,8
1924	13,5	15,3
1925	6,7	8,6
1926	18,0	16,0
1927	8,7	3,4
1928	8,6	5,7
1929	13,2	7,5
1930	22,2	13,4
Ende 1930	21,7	14,8
August 1931	33,7	21,5".

Die Denkschrift zieht aus diesen Zahlen nicht den ausdrücklichen Schluß, daß Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammen im August 1931 mehr als 55 Prozent der gewerkschaftlichen Arbeiter überhaupt ausmachten, daß also nur noch 45 Prozent in Vollarbeit standen. Sie bemüht sich dagegen um den Nachweis, daß die Senkung der Lebenshaltungskosten den Lohnabbau weit übertrifft. Die Leitsätze des Wirtschaftsbeirats über den Lohnabbau stützen sich gerade auf diese Berechnungen. Die Denkschrift stellt folgende Behauptungen auf:

„Vergleicht man die Entwicklung der Arbeitslöhne mit derjenigen der Lebenshaltungskosten, um den Nutzeffekt der Löhne annähernd beurteilen zu können, so zeigt sich zunächst, daß diese bis 1929 besonders bei den ungelernten Arbeitern stärker als die Lebenshaltungskosten gestiegen waren. Während der dann einsetzende Preisrückgang den Index der Lebenshaltungskosten, der für 1913/14 = 100 gesetzt sei, von 151,7 im Jahre 1928 und 153,8 im Jahre 1929 auf 147,3 im Jahre 1930 und damit unter den Stand von 1927 (147,6) sinken ließ, begann der Lohnabbau im allgemeinen erst 1931. Er erreichte, abgesehen von der Kürzung der Beamtengehälter usw. im ersten Vierteljahr 1931 etwa 4—6 v. H., während der Lebenshaltungsindex inzwischen auf rund 134, also gegenüber seinem Höchststand von 1929 um fast 13 v. H. gesunken war."

Uebergehen wir die kühne Behauptung, daß der Lohnabbau „im allgemeinen erst 1931" begonnen habe, und wenden wir uns der Vergleichskurve zwischen Preis- und Lohnsenkung zu. Die Indexzahlen der Regierung treffen auf die Lebenshaltung des

Arbeiters deshalb nicht zu, weil im Arbeiterhaushalt ein viel höherer Verbrauch an minderwertigen und billigen Lebensmitteln vorherrscht, und weil gerade bei diesen die Preissenkung bisher minimal ist. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß der Anteil der Miete an den Lebenshaltungskosten im proletarischen Haushalt viel höher ist als im Durchschnittshaushalt, der den Indexzahlen zugrunde gelegt ist. (Die in Brünings Weihnachtsbotschaft angeordnete Miet- und allgemeine Preissenkung wird durch den gleichzeitig notverordneten Lohn- und Gehaltsabbau mehr als wettgemacht.)

Ist es also schon unzutreffend, den allgemeinen Lebenshaltungsindex mit der Senkung um 13 Prozent auf die Wirtschaft des Arbeiters anzuwenden, so bedeutet auf der anderen Seite die Darstellung, daß die Löhne nur um 4 bis 6 Prozent vermindert seien, eine Irreführung oder einen kapitalen Rechenfehler. Zwar beträgt die Senkung der Tarife 4 bis 6 Prozent; nicht in Betracht gezogen ist aber der vollständige Wegfall des übertariflichen Arbeitsverdienstes; nicht einberechnet sind die erhöhten Beiträge zur Erwerbslosenversicherung, die Krisensteuer, die Bürgersteuer, sowie die Belastung durch die neuen indirekten Massensteuern. Diese Lohnkürzungen sind in den statistischen Ausweisen über die Entwicklung der Lohnkurve nicht zu finden. Dazu treffen alle diese Berechnungen nur für die geringe Zahl der Vollarbeiter zu! Die Berechnungen der Sachverständigen in Gewerkschaftskreisen gehen im Gegensatz zu den offiziellen Zahlen des Herrn Reichsministers Groener dahin, daß man unter Einrechnung aller obenangeführten Tatsachen heute — ohne den neuen 10prozentigen Abzug — mit einer Kürzung des Arbeitereinkommens von über 20 Prozent rechnen muß! Es ist also in Wirklichkeit nicht so, wie die Darstellung der Denkschrift vorgibt, daß durch den rapiden Preissturz und den nur sehr langsam folgenden Lohnabbau der Reallohn des Arbeiters bedeutend gestiegen ist, sondern ganz im Gegenteil: der Reallohn ist — wie in allen Wirtschaftskrisen — gehörig verringert.

Unsere ernste Kritik muß sich auch anderen wichtigen Abschnitten der Denkschrift zuwenden. In dem Kapitel „Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung" wird der Geburtenrückgang der letzten Jahre registriert. Es werden die Gründe über die zunehmende Kinderarmut und teilweise Kinderlosigkeit der deutschen Bevölkerung untersucht, und siehe da: „die großstädtische Siedlungsweise macht Kinder vielfach unbequem . . ., sie vermindert auch den ideellen Wert der Nachkommenschaft", „Kultur und Zivilisation haben überdies eine Vergeistigung der Menschen und eine Abkehr vom Naturhaften herbeigeführt, sie haben die Besorgnis des weiblichen Geschlechts vor den Beschwerden der Schwangerschaft und der Geburt verstärkt". Und ganz zuletzt: „Es wächst zudem in weiten Bevölkerungsschichten die Sorge um die Zukunft der Nachkommenschaft". Das möge in

der jetzigen wirtschaftlichen Not berechtigt scheinen; aber die späteren Verhältnisse ließen sich doch nicht genügend voraussehen, und wahrscheinlich werde der Wert der menschlichen Arbeitskraft wieder erheblich steigen.

„Der Fortpflanzungstrieb im Menschen wird zweifellos durch manche äußere Umstände stark gehemmt, ist aber bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch schon an sich geschwächt. Deshalb dürfte ein Umschwung des Geburtenrückgangs ohne eine tiefgreifende Aenderung der heutigen Kultur und Zivilisation nur von einer stark volksbetonten inneren Auflehnung gegen die sichere Volksverstümmelung und Ueberfremdung zu erwarten sein. Eine solche Bewegung, die an die Stelle der früher triebhaft geförderten und jetzt durch äußere Einflüsse übermäßig gesperrten Fortpflanzung eine Geburtenregelung auf Grund verstandesmäßiger Einsicht und sozialen Verantwortungsgefühls zu setzen hätte, muß mit beharrlicher Energie geschaffen werden. Es gilt aber ferner, den Wert des Kindes, der sich für die Volksgemeinschaft aus dem in späteren Jahrzehnten wieder starken Bedürfnis noch Kulturträgern ergibt, der einzelnen Familie gegenüber durch ausreichende Erziehungsbeihilfen anzuerkennen, und ihr dadurch eine materielle Entschädigung für die in vieler Hinsicht erheblichen Lasten der Kinderaufzucht zuteil werden zu lassen.“

Also sind die böse Großstadt, Kultur und Zivilisation und die verfluchte Bequemlichkeit der deutschen Frau an unserem Kindermangel schuld. Helfen kann nur ein nationalsozialistisches Programm gegen Volksverstümmelung und Ueberfremdung, die Rückkehr zur Barbarei (was beides dasselbe ist) und . . . Erziehungsbeihilfen. Kann man hier noch nur von Verständnislosigkeit des Verfassers für die trostlose Lage breiter Bevölkerungsschichten sprechen? Heißt das nicht der eben beginnenden, durch die drückendste Not erzwungenen, verantwortungsbewußten Geburtenregelung mit Vertröstung auf eine vielleicht rosigere Zukunft und fraglichen und fragwürdigen Erziehungsbeihilfen in den Arm fallen wollen? Allerdings ein Versuch mit untauglichen Mitteln! Interessant aber ist die Tendenz, die hier aus der Regierungsdenkschrift spricht. Wir streiten dem heutigen, der Wirtschaftskrise gegenüber völlig ohnmächtigen kapitalistischen Staat das Recht ab, den Schrei nach dem Kinde ertönen zu lassen, da er breiteste Schichten der noch in Arbeit Stehenden unter jedes Existenzminimum herabdrückt, die Arbeitslosen der nacktesten Not und die gesamte heranwachsende Generation durch schärfste Abbaumaßnahmen dem Verderben preisgibt. Hier gilt das alte Wort des Kommunistischen Manifestes: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Die Darstellung der Denkschrift über die „Erkrankungen und Sterbefälle an einzelnen Krankheiten“, also den eigentlichen Stand der Volksgesundheit, ist im ganzen zu optimistisch gehalten. Es ist zwar richtig, daß wir bis vor kurzem einen beträchtlichen Rückgang von Diphtherie, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten verzeichnen konnten, die Entwicklungstendenz der Volksgesundheit zum Schlechteren ist aber schon deutlich. Die schulärztlichen Beobachtungen der letzten Zeit, die auf Grund

der Gesamterfassung der Schulkinder für die Frage des Volksgesundheitsstandes besonders wichtig sind, weisen auf diese Verschlechterung hin: die am Beginn absteigender Volksgesundheit auftretenden Verschmutzungskrankheiten nehmen erschreckend zu; eine in den letzten Jahren äußerst seltene Erscheinung, das Auftreten offener Tuberkulose bei Schulkindern, wird gehäufter gemeldet, schwere nervöse und psychische Störungen nehmen überhand. In der Berliner Aerztekammer hat der Kollege Hildesheimer in einem Referat über „Wirtschaftskrise und Volksgesundheit" mit einwandfreiem statistischem Material das Sinken des Gesundheitsstandes bewiesen; er zeigte die Zunahme des Scharlach, der Grippe und ihrer Folgeerscheinungen, der Herz- und Gefäßerkrankungen, das bedrohliche Anwachsen der Nervenkrankheiten und seelischen Störungen und der Selbstmorde. Diese beiden letzten Punkte werden in der Denkschrift — allerdings sehr wenig ausführlich — zwar auch erwähnt, aber auf welche Ursache zurückgeführt?

„. . . Im großen und ganzen dürfte es sich bei diesen Krankheitsfällen um ein starkes Absinken der inneren Spannkraft handeln, die teils durch die zunehmende Belastung mit einer durch ihre Einseitigkeit ermüdenden Arbeit, teils durch eine besondere Einstellung zur Umwelt bedingt ist. Die eintönige Betätigung in dem modernen weitgehend spezialisierten Arbeitsmechanismus, und die das Geltungsbedürfnis und die Eigenart des einzelnen nicht beachtende und hetzende Großstadt bringen Menschen mit bestimmter Veranlagung leicht in Gegensatz zu ihrer Umwelt, zumal, da unter großstädtischen Verhältnissen die Regungen der Gemeinschaftsgefühle mehr und mehr abgestumpft werden und nur zu leicht eine mehr egoistische Lebensauffassung Platz greift. Nervenschwache Personen werden, sich selbst überlassen, zu einer übermäßig gesteigerten Selbstbeobachtung verleitet, die ihrerseits insbesondere bei erhöhten Alltagssorgen wiederum vermehrte Unzufriedenheit und ein gesteigertes Krankheitsgefühl zur Folge hat. Gerade hierin liegt die Quelle des gehemmten und zu krankhaften Störungen disponierenden Lebensablaufs, während in einem durch Schaffens- und Lebensfreudigkeit gestrafften Körper die Lebensreize, welche die ordnungsmäßige Funktion der einzelnen Organe sicherstellen, in normaler Weise zustandekommen."

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung? Kein Wort von Hunger, Not und Arbeitslosigkeit!

Schließlich findet aber auch das Reichsgesundheitsamt ernstere Töne im Ausblick und Schluß der Denkschrift. Besorgnisse über die Gefahren, die der Volksgesundheit aus der steigenden Arbeitslosigkeit erwachsen, werden geäußert, die Ausbreitung der Volkskrankheiten in den verarmten Bevölkerungsschichten wird vorausgesehen. Aber es werden keinerlei durchgreifende praktische Maßnahmen gegen diese Gefahren von seiten der Regierung in Aussicht gestellt, nur die Initiative der freien Organisationen für Volksspeisungen, Kleidersammlungen, Abgabe von Heizmaterial wird freudig begrüßt. Das liegt auf der Linie des passiven Geschehenlassens, die die Regierung seit vielen Monaten gegenüber dem Massenelend bezogen hat, und zeigt gleichzeitig die be-

tonte Tendenz der Entkommunalisierung von Wohlfahrt und Gesundheitsfürsorge. (Neuerdings sind ja sogar Bestrebungen bekanntgeworden, die städtischen Krankenhäuser der „billigeren" Verwaltung der charitativen Verbände zu überantworten.)

„Vermehrte Bedeutung erlangt in Zeiten der Not" die Arbeit der öffentlichen Gesundheitspflege und -fürsorge. Für jedes einzelne Fürsorgegebiet wird das besonders hervorgehoben. Gleichzeitig aber werden die Etatmittel für diese Aufgaben gewaltig gekürzt und den Gemeinden durch rigorose Kürzungen die Aufrechterhaltung der Gesundheitsfürsorge unmöglich gemacht. Während die vorliegende Denkschrift noch in Vorbereitung war, hat der Herr Reichsminister die sozialhygienischen Reichsfachverbände beauftragt, ein „Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge" aufzustellen. Die Reichsfachverbände haben — wie im Krieg die Militärärzte — prompt gearbeitet, das Notprogramm konnte gleichzeitig mit der Denkschrift veröffentlicht werden und bietet zusammen mit den Sparprogrammen des preußischen Gesundheitsrats und des Deutschen Städtetages der Regierung eine willkommene Handhabe, trotz der soeben attestierten dringenden Notwendigkeit der Gesundheitsfürsorge neue Verbote und Einschränkungsvorschriften für sie zu erlassen.

Die höchst zweifelhaften Sparvorschläge gehen dahin, in der Tuberkulosefürsorge die Sanierung von ansteckenden Tuberkulösen möglichst im Haushalt durchzuführen, die nicht zu umgehenden Sanierungen in Anstalten in solchen mit einfachsten Einrichtungen und geringen Pflegesätzen erfolgen zu lassen, für die vorbeugende Erholungsverschickung tuberkuloseinfizierter Kinder strengste Indikationsstellung einzuhalten, klinisch geeignete Fälle von Lungentuberkulose, die bisher zur Durchführung hygienisch-diätischer Behandlung in Heilanstalten geschickt wurden, zu Hause behandeln zu lassen.

Für die Geschlechtskrankenfürsorge soll sparsamste Behandlung Leitmotiv werden, z. B. Selbstbehandlung der Gonorrhoe des Mannes, Ersatz der teuren Silberpräparate durch Lösungen von Argentum nitricum oder „die schon viele Jahre gebrauchten billigeren Präparate", Einschränkung der Salvarsanbehandlung der Syphilis, möglichste Vermeidung der Krankenhausbehandlung.

Aus der Krüppelfürsorge sollen alle alten gebrechlichen Personen, alle unheilbaren Erwachsenen, (z. B. Gelähmte infolge Schlaganfalls, Tabes dorsalis u. a.), bildungsunfähige und schwachbegabte Krüppel bei körperlicher Behinderung stärkeren Grades ausgeschaltet werden. Die schnellsten Behandlungsmethoden sind zu bevorzugen, „man wird, um die Behandlungskosten zu verringern und die Behandlungszeit abzukürzen, die blutigen Methoden den unblutigen gelegentlich vorziehen". Bei nicht progredienten Skoliosen soll von einer besonderen Behandlung Ab-

stand genommen werden, sorgfältige körperliche Erziehung genüge. Haltungsfehler, kindliche Knick- und Plattfüße, leichte Grade von X-Beinen sollen aus der Krüppelfürsorge ausscheiden. Schulturnen genüge.

In der Schulgesundheitspflege soll an die Stelle der Erholungsfürsorge die örtliche Erholungspflege treten. Die systematischen Reihenuntersuchungen sollen auf die Schulanfänger, die zur Entlassung Kommenden und einen mittleren Jahrgang beschränkt werden. Die Schulspeisung sei nicht ganz entbehrlich, könne aber eingeschränkt werden. Ein Schulbad pro Monat (soweit es überhaupt vorhanden!) genüge. Handtuch und Seife sollen nur im Ausnahmefall von der Schule gestellt werden. Für die Schulzahnpflege wird die Streichung der Behandlung in den vier oberen Klassen, also aller Kinder von 10 bis 14 Jahren, vorgeschlagen.

Einsparungen bei der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge sind vorgesehen durch Streichung der Stärkungsmittel, Einschränkung der Höhensonnenbestrahlung, Vermeidung oder Abkürzung der Anstaltsbehandlung, Schließung der kleineren Anstalten. Die Indikation zur Aufnahme in Krippen und Kindergärten soll strenger durchgeführt werden.

In der Alkoholfürsorge fehlen Sparvorschläge, weil hier jetzt schon so gut wie nichts vorhanden ist.

Dieses von der Regierung geforderte und sicherlich schnellstens durchgeführte Notprogramm ist ganz danach angetan, die Not der breiten Massen noch zu verstärken. Zusammen mit den Gewaltmaßnahmen gegen die Schule und den durch die neue Notverordnung vorgeschriebenen Leistungsminderungen der Versicherungsträger wird es sich auswirken als Axt an der Volksgesundheit. Der Appell für verstärkte hygienische Volksbelehrung und der Aufruf zur Stärkung des „Willens zum Wiederaufstieg", mit denen die Regierungsdenkschrift schließt, sind leere Worte. Praktische und durchgreifende Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter- und Mittelschichten und der Ausbau der Gesundheitsfürsorge sind zur Abhilfe und zur Abwendung des drohenden Absturzes der Volksgesundheit notwendig. Man komme nicht mit dem Einwand, dazu gebe es in der heutigen Notzeit kein Geld. Für unnötige, unproduktive Ausgaben ist es noch immer reichlich vorhanden; für Polizei, Heer, Marine, für Zuschüsse an die Kirche, für Stützungsaktionen bankrotter Banken, für Liebesgaben an Fürstenhäuser, Großindustrie und Großgrundbesitz werden aus öffentlichen Mitteln Unsummen verschwendet. Nur die produktive Anlage der Steuergroschen im Interesse der Volksgesundheit ist verboten.

Soziale Not und soziale Psychotherapie

Von Prof. A. Kronfeld. (Eigenbericht.)

Vortrag im Verein Sozialistischer Aerzte, Berlin.

Gestützt auf die entsprechenden Vorarbeiten von Margarethe Perger, Juliusburger und auf die Umfrage von Julius Moses wurde versucht, an den Fällen der Zentrale für private Fürsorge die Zusammenhänge zwischen Not und seelischen Erkrankungen genauer zu erfassen. Es ergab sich folgendes:

1. Wo eine endogene Bereitschaft pathologischer Art — welche auch immer — von vornherein vorlag, da führte die Not ihre Aktualisierung unabwendbar herbei. So ist eine Minderzahl von pathologischen Reaktionen, psychopathischen Entwicklungen mißtrauisch-paranoider und „schizoider" Art, reaktiven Melancholien und „Neurasthenien" bei psychopathischer Konstitution aufzufassen.

2. Durch diese abnorm-psychische Reaktionsweise aber wurden die betreffenden Fälle — und ihre Familien! — der sozialen Notsituation und der Fähigkeit ihrer Bewältigung noch weit weniger gewachsen, so daß ein Circulus vitiosus entsteht.

3. Wenngleich ein sicherer Zusammenhang zwischen Arbeitslosenzunahme und Kriminalität nicht besteht, so fördert die Notsituation außerordentlich die psychische Asozialität und die Bereitschaft zu ihr — auch bei sonst Gesunden.

4. Die soziale Not ist die unmittelbare Ursache einer Reihe von Krankheitsformen, bei denen eine endogene pathologische Grundlage weder erkennbar noch anzunehmen ist. Vier dieser Formen seien als typisch, immer wiederkehrend, kurz angedeutet:

a) Bei chronisch gewordener Not, bei dauernder Lebenshaltung unter dem Existenzminimum und mangelnder Aussicht auf Behebung der Lebenssituation zeigt das weibliche Geschlecht ein typisches Bild seelischen Dahinwelkens: dumpf-depressive Grund- und Lebensstimmung, Mangel an stärkeren Affekten, schwächliche Reizbarkeit, symptomlose Passivität.

b) Bei beiden Geschlechtern kommt unter diesen Voraussetzungen eine affektive Verödung und Abstumpfung vor, die geradezu an gewisse schizophrene Endzustände erinnert: Mangel an jeglicher Initiative, Gleichgültigkeit gegen Reinlichkeit, Aeußeres, Pflichten, oftmals geziertes Wesen (chronische Bittsteller-Haltung).

c) Beim männlichen Geschlecht treten motorische Unruhezustände mit Verschlossenheit auf; diese Männer bleiben tage- und wochenlang vom Hause fern, sie wissen nicht recht warum; sie stellen die spontanen Mitteilungen ein, antworten

kaum auf Fragen — und dabei geht „garnichts“ in ihnen vor, aber „sie müssen laufen“.

d) Produktive Reaktionsbildungen affektiver Art, die sich von den allgemeinen Neurosen nicht unterscheiden: Verbitterung, Ressentiments, Radikalisierung, gesteigerte Suggestibilität und situative Hemmungslosigkeit, Hysterismen, neurasthenische Explosionen, Flucht in somatische Symptome (Amenorrhoe!) — oder asthenische Weinerlichkeit, Aengstlichkeit, Sich-ducken.

5. Ich habe unter vielen Hunderten von Notfällen chronischer Art keinen einzigen gesehen, der nicht gegenüber seiner Vorgeschichte mehr oder weniger weitgehende krankhafte Charakterveränderungen aufgewiesen hätte. Seltener ist eine psychogene Symptomproduktion nach außen.

6. Die Anpassungsschwierigkeiten an die Notsituation sind für das sozial absteigende Kleinbürgertum weit größer als für das eigentliche Proletariat, und die psychischen Erkrankungen treten dementsprechend früher, schwerer und komplexer bei dem ersteren hervor. Hingegen sind sie vom Lebensalter unabhängig.

7. Die Aussichten einer Psychotherapie sind — unter der weiteren Herrschaft der Not — außerordentlich schlecht. Im Gegenteil kommt die Psychotherapie unter diesen Umständen in die Gefahr, ein bloßes Narkotikum zu werden, das von dem sozialen Kampf um Besserung der Klassenlage abhält — also eine Art von Büttel im Dienst der furchtbaren sozialen Zustände, die als unabwendbar hingenommen werden sollen. Dazu kann und darf sie nicht dienen!

8. Wir können und dürfen jedoch nicht warten, bis der Klassenkampf entschieden ist. Der Arzt behandelt ja auch Unheilbare. So wurde versucht, eine Gemeinschaftsarbeit helfender Art zu inaugurieren, in welcher die soziale Fürsorge und die Psychotherapie zusammenwirken. Die Leitung dieser Arbeitsgemeinschaft — zwischen 24 Berliner Nervenärzten und der Zentrale für private Fürsorge — lag bei der Leiterin der letzteren, Frau S. Wronsky. Es gelang durch diese Zusammenarbeit, einige hundert Fälle zu heilen oder sehr zu bessern, welche bis dahin sowohl auf die soziale Befürsorgung allein — als auch auf die Psychotherapie allein — gesundheitlich nicht angesprochen hatten. Eine Reihe solcher Fälle wird berichtet. Mißerfolge sind auch hierbei häufig.

Programm der sozialistischen Aerzte Ungarns

Die moderne Produktion hat die Klein- und Mittelbetriebe aufgerieben und hat mächtige Großbetriebe erzeugt. Während sie einerseits eine bisher undenkbare Masse der Produktion verwirklicht hat, so hat andererseits die gesellschaftsfeindliche Rationalisierung der Machinentechnik die Abnahmefähigkeit (Konsumfähigkeit) in großen Massen eingeengt.

Ein jetzt hervortretendes schweres Symptom ihres inneren Widerspruches ist die immer stärker werdende Weltwirtschaftskrise.

Unter dieser Krise leiden nicht nur das Industrie- und Agrarproletariat, sondern auch die kleinbürgerlichen Schichten und auch immer größer werdende Gruppen des intellektuellen Mittelstandes.

Das sind die Schichten, die heute im Lager des Sozialismus kämpfen für die an Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung aufzubauende sozialistische Produktions- und Gesellschaftsordnung.

Der Arzt hat durch die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit eine große Aufgabe in der Regenerierung der produktiven menschlichen Arbeitskraft. Die heutige Aerzteschaft denkt in ihrer Mehrheit infolge ihrer Erziehung und Herkunft kleinbürgerlich, ist konservativ und hat eine nationalistische Ideologie. Vor dem Krieg gehörte sie zu der freien bürgerlichen Schicht mit gutem Einkommen. Nach dem Krieg haben die ständigen finanziellen Schwierigkeiten und Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Staaten die Entwicklung der sozialpolitischen und volksgesundheitlichen Einrichtungen schwer getroffen, und damit auch den wirtschaftlichen und kulturellen Standard des Arztes.

Die Bildung von neuen (Aerzte-)Kreisen, das Bauen von Krankenhäusern, Lungensanatorien, Heimen und gesundheitlichen Einrichtungen stagniert andauernd, man baut sogar alte Institutionen ab, so daß infolge großen Mangels an Unterkunftsmöglichkeiten eine scheinbare Ueberproduktion von Aerzten entsteht. Eine allgemeine Erscheinung, daß die gut dotierten, fixbezahlten Stellen sich in den Händen von wenigen Stellenhamsterern konzentrieren, während immer größere Mengen des ärztlichen Standes auf wenige fixbezahlte Stellen mil Hungerlohn oder auf die Privatpraxis, die nicht einmal die Existenz garantiert, angewiesen sind. So bildet sich neben der Schicht der gutverdienenden Stellenhamsterer, Reklame-Großärzte, Aerztekapitalisten, das ärztliche Proletariat, dessen Interessen mit den Interessen des sozialistischen Industrie- und Agrarproletariats hundertprozentig zusammenfallen.

Der vernünftigste und zweckmäßigste Ausdruck ihrer gemeinsamen Interessen ist der Kampf auf gemeinsamer Front für den Sozialismus, denn:

a) Der Sozialismus hebt die inneren Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft auf. An Stelle des heutigen planlosen und die Völker gegeneinander hetzenden Kapitalismus baut er das System der planmäßigen sozialistischen Wirtschaft auf.
b) Der Sozialismus hebt alle Rassen-, National- und Klassenunterschiede auf. Er macht aus dem Individual-, Klassen- und Nationalmonopol der Produktionsmittel das Eigentum der ganzen Menschheit.
c) Der Sozialismus hebt die innere strukturelle Krise der hochentwickelten kapitalistischen Staaten auf, weil er die Erfolge der technischen Entwicklung nutzbar macht: durch Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, proportionelle Verteilung der Kulturgüter usw. Ebenso hebt er die Ausbeutung der Halb- und Ganz-Kolonialvölker auf, durch Eliminierung des Imperialismus.
d) Der Sozialismus hebt die Agrarkrise auf, dadurch, daß er der Ausbeutung in der Landwirtschaft ein Ende macht. Er organisiert die moderne wissenschaftliche landwirtschaftliche Produktion. Er leitet die planmäßige Entwicklung der landwirtschaftlichen Industrie ein.
e) Der Sozialismus wird die industrielle, wirtschaftliche und kulturelle Demokratie schaffen durch Verwirklichung der höheren Produktionsordnung, durch die gerechte Verteilung der produzierten Güter schafft er für jeden materiellen und kulturellen Wohlstand.
f) Der Sozialismus baut ein planmäßiges System des Gesundheitswesens auf.

Die Ungarische Sz. D. PV. Sz. (Aerzteorg. der Ung. SP.) führt die wichtige Aufgabe durch, die ihr mit der Arbeit der Gewinnung der proletarischen Aerzteschichten zufällt und gibt nachfolgend ihr zeitgemäßes Programm bekannt; sie betont, daß die endgültige Aufhebung des Aerzteelends nur in einer sozialistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung denkbar ist, da nur diese durch die Steigerung und Rationalisierung des Entwicklungstempos der produktiven Kräfte die gesteigerte Zahl der Intellektuellen vollständig in sich aufnehmen und in der gesellschaftlichen Produktion nützlich unterbringen kann.

Bis die strukturelle Umorganisation der Gesellschaft durchgeführt ist, fordern wir als Uebergang:

Die sofortige Erweiterung der allgemeinen Krankenversicherung auch auf die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Die sofortige Durchführung der Versicherung für Invalidität, Arbeitslosigkeit, Verwaisung und Alter.

Organisierung des Gesundheitswesens in Stadt und Land.

Die Einführung von „fahrenden Kliniken".

Die Organisierung der Gesundheitskontrolle in den Industriebetrieben.

Die ärztliche Versorgung der Arbeitslosen.

Die Einführung von gewerbehygienischen ärztlichen Behörden.

Die Aufhebung der die Geburtenregelung verbietenden §§ 285—286 und die Umgestaltung derselben nach neuen Prinzipien.

Die Kürzung der Arbeitszeit in Industrie und Landwirtschaft.

Die sofortige, radikale Aufhebung der „Stellenhamsterei".

Die Regelung der ärztlichen Arbeitszeit.

Die Aufhebung unbezahlter ärztlicher Arbeit.
Die Einführung von Aerzteräten (Ausschüssen).
Die Einführung des geheimen Wahlsystems bei allen Versicherungen, die Privatversicherungen inbegriffen.
Die vollständige Umorganisierung der heutigen Krankenversicherung, die Einführung der freien Arztwahl unter Berücksichtigung der Interessen von Versicherten und Volksgesundheit.
Den Ausbau von Ambulatorien.
Die Unterstellung jeder ärztlichen Arbeit unter die Kontrollorgane des Gesundheitswesens.
Die Schaffung ärztlicher Dienstvorschriften.
Die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der Aerzte.
Das Verbot der Privatpraxis für behördliche, beamtete usw. Aerzte, aber zugleich ihre Dotierung nach dem höchsten Beamtentarif.
Die Erhaltung der bisherigen Prozente bei der OTI. (entspricht etwa der AOK.), die Verteilung des Defizits auf mehrere Jahre, die staatliche Sanierung der Institution.
Die Anerkennung der an fremden aber gleichwertigen Universitäten erworbenen Diplome. Die dringende Revision der Entlassungen von Aerzten aus ihren Stellungen und der Entfernung von Medizinstudierenden von den Universitäten aus politischen Gründen.
Die Sicherung der Lehr- und Lernfreiheit an der Universität ohne Rücksicht auf Klassen- und Religionsunterschiede. Die materielle Unterstützung von Arbeiter- und Bauernkindern während der Studienzeit.
Gesetzliche Maßnahmen gegen die mit der Behandlung Mißbrauch treibenden Aerzte und für die Beseitigung jeder Art von Kurpfuscherei.
Die Regelung der Frage der Fachärzte und der hospitierenden externen Aerzte.
Die Schaffung eines Organs zur Wahrnehmung der sozialen Interessen der Aerzte.
Die Regelung von Arbeitszeit und Lohnverhältnissen der Hilfsarbeiter im Gesundheitswesen (Schwestern, Pfleger, Laboranten usw.).

Aerzte, Kollegen, die historischen Kräfte arbeiten für uns. Uns, den Sozialisten, gehört die Zukunft! Reiht euch ein in den Kampf für die sozialen Interessen der Aerzte!

Uebersetzt von F. Büchler.

Die Stellung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie zur Frau der werktätigen Bevölkerung*)

Von Dr. Annemarie Bieber.

Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Kurt Bendix, Chefarzt der Ambulatorien des Verbandes der Krankenkassen zu Berlin, in der „Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik", XVIII. Band, 1931, 4. Heft, einen Artikel, in dem er Verlauf und Tendenz der diesjährigen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie in Frankfurt, soweit sie sich mit dem Thema Geburtenregelung befaßt, in folgende Sätze zusammenfaßt:

---

*) Vgl. den Aufsatz von Julian Marcuse und die Notiz „Anwälte der Armen" im „Soz. Arzt", VII. Jahrg., Nr. 7.

„Die Frauen müssen möglichst viel Kinder bekommen.

Die Bevölkerungsschichten, die Kinder nicht aufziehen können, müssen enthaltsam leben.

Geburtenregelung, sofern sie nicht zum Schutze des Lebens der Mutter getrieben wird, ist Unterstützung der Unsittlichkeit.

Der Arzt hat sich mit Geburtenregelung nur dann zu befassen, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist."

Franqué gab die dort herrschende Meinung folgendermaßen wieder:

„Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie kann anerkennen, daß der Arzt berechtigt, wenn auch nicht verpflichtet ist, aus ärztlicher Anzeige etwa in demselben Umfange, wie bisher die Schwangerschaftsunterbrechung, praktische Empfängnisverhütung zu treiben usw."

Man beachte: „Aus ärztlicher Anzeige berechtigt, wenn auch nicht verpflichtet!"

Also auch aus ärztlicher, d. h. für ihn absolut maßgebender Anzeige nicht verpflichtet, eine Frau vor Schaden zu bewahren, sondern nur berechtigt. Das heißt doch wohl, seine persönliche Weltanschauung, beispielsweise seine Religion, gehe seinem ärztlichen Gewissen voraus!

Bendix führt aus, daß die gynäkologischen Universitätsprofessoren fast vollzählig Gegner einer weitherzigen Geburtenregelung seien und sucht die Gründe dafür in dem Arbeitsmilieu dieser Herren, die mit den Elendsquartieren der Städte nicht in Berührung kommen und ihre Patientinnen immer nur wohlvorbereitet und gesäubert in den hellen luftigen Räumen ihrer Kliniken zu sehen bekommen.

Man könnte hinzufügen, daß sie auch kaum je Gelegenheit nehmen, mit ihnen zu sprechen, denn die notwendigen Aufnahmen sind ja vorher durch die Assistenten gemacht, und der Vortrag, mit dem der Assistent sie dem hohen Chef vorzustellen pflegt, ist gewöhnlich rein medizinisch, ohne die Lebensweise der Patientinnen draußen auch im günstigsten Falle anders als nebenbei mit einem zusammenfassenden farblosen Wort: „Schlechte Verhältnisse draußen", zu erwähnen.

Da es auch nur noch wenige Universitätsfrauenkliniken gibt, die andere als klinische Geburtshilfe betreiben, so haben auch die Assistenten, aus denen sich die späteren Universitätsgynäkologen rekrutieren, wenig Gelegenheit, Elendsquartiere kennenzulernen, woraus sich die geradezu groteske Weltfremdheit dieser besonderen Kategorie von Aerzten erklärt.

Bendix weist darauf hin, daß z. B. Stöckel voll begriffen hat und zum Ausdruck bringt, daß die akademischen Lehrer nicht in genügender Weise die Not der arbeitenden Bevölkerung kennen.

Trotz dieses von Stöckel also anerkannten Mangels verzichten sie aber nicht auf Mitbestimmung, sondern fordern und Stöckel mit ihnen, daß die Gynäkologen die Geburtenreglung nicht zu fördern, sondern zu hemmen hätten, was bei dem großen Einfluß, den die Universitätsprofessoren nicht nur in ihrer Eigen-

schaft als Lehrer auf die Gestaltung der ärztlichen Tätigkeit, sondern insbesondere auch auf die Gesetzesvorschriften und Standesanschauungen haben, sich geradezu als eine Gefahr für die Bevölkerung auswächst.

Wie sehr infolge mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Zustände prinzipielle weltanschauliche Voreingenommenheit regiert, ergab nicht nur die Tagung der Gynäkologen in Frankfurt, sondern in gleicher Weise die Verhandlung über das Thema „Indikationen zum künstlichen Abort“ auf dem Naturforscher- und Aerztetag im September 1930 in Königsberg, wo unter dem Motto: „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!“ man die Universitätsprofessoren von Tübingen und Marburg mobil machte, um auch die medizinischen Indikationen möglichst einzuschränken. Man wies z. B. darauf hin, daß die Tuberkulose keine Indikation zur Schwangerschaft darstelle, sondern man könne und müsse bei möglichst langem Aufenthalt der Frauen in den Tuberkulose-Heilstätten während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, die Kinder Tuberkulöser zur Welt kommen lassen.

Gewiß ein ideales Ziel für ein aufblühendes reiches Volk, das die notwendigen großen Mittel zur Verfügung hat, um die Tuberkulose-Heilstätten in gewünschtem Sinne auszugestalten, aber ganz undurchführbar und außerhalb jeder Diskussionsmöglichkeit im Zeitpunkt der Sparmaßnahmen, Notverordnungen und des Abbaus der sozialhygienischen Einrichtungen, der Schließung von Sanatorien und Krankenhäusern.

Besonders hervorgehoben wurde in Königsberg die Absicht, sich nicht von politischem Denken beeinflussen zu lassen! Als ob es in dieser Frage überhaupt möglich wäre, sich von der eigenen Weltanschauung und der hierdurch stets bedingten politischen Stellungnahme frei zu machen.

Königsberg und Frankfurt sind auf diese Weise ein Symbol geworden, das die Weltfremdheit gynäkologischer Universitätsprofessoren kennzeichnet.

Klingt es nicht geradezu wie eine bösartige pharisäische Verhöhnung der Aermsten der Armen, wenn an „Bevölkerungsschichten, die Kinder nicht aufziehen können“, die Forderung gerichtet wird, enthaltsam zu leben?

Es ist natürlich den führenden Herren Professoren nicht bekannt, daß diese Bevölkerungsschichten notgedrungen zu mehreren in einem Bett schlafen. Man verlange enthaltsames Leben von Mann und Frau, die aus Not gezwungen, dauernd in einem Bett schlafen müssen und beschimpfe sie als unsittlich, wenn aus diesem Grunde eine Schwangerschaft der anderen folgt.

B e n d i x führt aus den Akten der Ehe- und Sexualberatungsstelle eine Blütenlese von nicht weniger als 47 Fällen an im Telegrammstil, die durch die Einförmigkeit der angewandten Sätze und die Gleichartigkeit des Tatbestandes, der schließlich den Ein-

druck der Selbstverständlichkeit macht, geradezu erschütternd wirkt. Immer das gleiche: beschränkter Wohnraum, beschränkte Bettenzahl, Unzahl von Menschen, Unzahl von Kindern, noch größere Unzahl von Aborten und Schwangerschaften. Immer das gleiche: Mann oder Frau erwerbslos, Unterstützung seltener, auch Arbeitseinkommen von 27 RM die Woche bis vielleicht auch gelegentlich mal 35 oder 45 RM oder sogar einmal 57 RM die Woche.

Fall 40: (Frau sucht wie in allen Fällen wegen Schwangerschaft die Beratungsstelle auf.) Wöchentlicher Verdienst des Ehemannes 57 RM, monatlicher Verdienst der Frau (schwanger!) 100 RM, ein also unverhältnismäßig hohes Einkommen. Man rechne aber: beide Leute verdienen zusammen 328 RM im Monat. Wohnungsmiete 47 RM für 2½ Stuben und eine Küche, aber bewohnt von zwei Erwachsenen und acht Jugendlichen, also im ganzen zehn Personen, für die nach Abzug der Miete 28 RM im Monat pro Kopf für sämtliche Lebensbedürfnisse zur Verfügung stehen. Die Frau hat zehn Schwangerschaften durchgemacht, neun Kinder leben, die elfte Schwangerschaft besteht zur Zeit. Man füge noch hinzu, daß in 2½ Räumen und Küche im ganzen höchstens sieben Betten für zehn Menschen aufstellbar sind, das Neugeborene wahrscheinlich im Waschkorb vielleicht noch Platz in der Küche finden könnte.

In einem gleichen Falle bestand einmal die Absicht, eine größere Wohnung zu nehmen, um Betten stellen zu können, aber es fand sich kein Hauswirt, der bereit war, acht Kinder von 14 bis 1 Jahr in sein Haus aufzunehmen.

Unter solchen Verhältnissen spreche man noch von Unsittlichkeit. Wirklich eine Frivolität!

B e n d i x sagt mit Recht, es handle sich um ein Register, das jeder, der sich praktisch mit Geburtenregelung befaßt, beliebig verlängern kann.

Es wäre wünschenswert, den Herren gynäkologischen Universitätsprofessoren den Zwang aufzuerlegen, einen praktischen sozialhygienischen Kursus in Berlin durchzumachen.

Protest der Kriegsbeschädigten gegen die Abbaupsychose

Die 19. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen fand am 24. und 25. Oktober in Anwesenheit von Parlamentariern, Behördenvertretern und zahlreicher Gäste befreundeter Organisationen statt. Neben dem ADGB., dem Afabund, dem Deutschen Beamtenbund hatte der Verein Sozialistischer Aerzte die Vorstandskollegen Klauber und Günther Wolf als Vertreter entsandt. Das Referat des 2. Bundesvorsitzenden Genossen Noa über die Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer im Zeichen der Notverordnungen und Sparmaßnahmen war eine harte Anklage gegen jene Kräfte, die das Heil eines wirtschaftlichen Aufstiegs in einer rigorosen Einschränkung sozialpolitischer Maßnahmen und einem scharfen Abbau der Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer erblicken. Der Referent gab eine erschütternde Darstellung der tatsächlichen Auswirkungen der am Haushaltsplan vorgenommenen Kürzungen. In der vierstündigen Diskussion, in der an einer großen Anzahl von Beispielen die ungeheure Not durch die „Notverordnungen“ geschildert wurde, kam einmütig zum Ausdruck, daß es so wie bisher nicht weiter gehen dürfe. Die folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Bei Eintritt in einen weiteren harten Krisenwinter protestiert die Konferenz einmütig und nachdrücklichst gegen den seit zwei Jahren andauernden rigorosen Abbau der Versorgung und Fürsorge.

Die deutschen Kriegsopfer sind erschüttert in ihrem Glauben an die Treue von Land und Volk und in dem Glauben an den guten Willen, ihre Rechte anzuerkennen. Sie können es nicht zulassen, daß diese mit Blut erworbenen Rechte auf die Dauer so hart beschränkt werden sollen, wie es im Zeichen der Notverordnungsmaßnahmen und der Sparerlasse der Reichsregierung geschehen ist. Diese Maßnahmen konnten wohl die Not unter den Kriegsopfern weiter verschärfen, aber die Menschen selbst bleiben. Sie sind da, ihnen muß geholfen werden.

Es bedeutet nur eine Verschiebung in der öffentlichen Ausgabenwirtschaft, wenn das Reich seine Pflicht zur sozialen Hilfeleistung dauernd auf andere Schultern, im besonderen auf die Träger der öffentlichen Fürsorge abwälzt oder die Pflicht der Allgemeinheit auf Kosten der Selbsthilfe der Organisationen vermindern will.

Hier muß nicht nur ein unverrückbares Halt geboten, sondern mit allem Nachdruck verlangt werden, daß die antisozialen gegen die Kriegsopfer gerichteten Einschränkungen aufgehoben werden und der Weg zu den erforderlichen und von der Volksvertretung und früheren Reichsregierungen oft in Aussicht gestellten notwendigen Verbesserungen der Versorgung und Fürsorge frei gemacht wird.

Der Reichsbund wendet sich energisch gegen jene, die mit dem Gedanken einer neuen Inflation spielen. Alle Rentenempfänger wissen aus bitterster Erfahrung, daß solche Maßnahmen sie nur weiter ins Elend hinabdrücken. Die Konferenz verlangt von allen verantwortlichen

Stellen, daß umgehend das Unerläßliche zur Verbesserung der Versorgung und Fürsorge geschieht. Sind Mittel zur Subvention von Großbanken, von Großgrundbesitz und anderen Stellen da, dann müssen sie auch für die Kriegsopfer zu beschaffen sein."

Zur außerordentlichen Tagung des Hartmannbundes

Von einem Kollegen, der als Zuhörer der Tagung in Leipzig beiwohnte, geht uns dieser Bericht mit der Bitte um Abdruck im „Soz. Arzt" zu. Wir bringen den Artikel als Stimmungsbild zur Kenntnis unserer Leser. Die Red.

Wie aus den „Aerztlichen Mitteilungen" bekannt sein dürfte, befaßte sich die außerordentliche Versammlung am 1. November d. J. mit dem neuen Vertrag, der zwischen den Spitzenorganisationen der Aerzte und Kassen abgeschlossen werden sollte.

Die delegierten Kollegen zu der Tagung am 1. November sollen sich in der Hauptsache aus den Geschäftsführern der einzelnen Vereinigungen rekrutiert haben und hatten darüber zu beschließen, ob dem ausgearbeiteten Vertrag zugestimmt werden soll oder nicht. Die Zahl der Delegierten betrug etwa 270, die der Zuhörer mindestens ebensoviel oder noch mehr. Wer unvorbereitet zur Tagung kam, hatte den Eindruck, daß unter den Zuhörern ein großer Teil von vornherein gegen den Vertrag war, und daß diese Kollegen zur Tagung erschienen sind, um in ganz bestimmter Weise den Vorstand und die Delegierten zu beeinflussen. Die Herren waren auch äußerlich durch das Hakenkreuz gekennzeichnet und trugen während der Referate von Sonnenberg und der anderen Vertreter des Hartmannbundes ein Gebahren zur Schau, das man aus den faschistischen Versammlungen zur Genüge kennt.

Die ersten drei Diskussionsredner, die sowohl durch ihr Abzeichen als auch durch den Hitlergruß beim Beschreiten des Podiums ihre Parteizugehörigkeit erkennen ließen, bemühten sich nicht etwa in sachlicher Weise, die einzelnen Punkte des Abkommens zu widerlegen, sondern lasen von A bis Z ihr sogenanntes Korreferat ab, das nichts anderes als das Programm der Hitlerpartei enthielt und nur nebenbei das zur Tagesordnung stehende Problem behandelte. Die Losung war: Kampf gegen die Regierung, gegen die Marxisten und die Juden. Die Stellung des ersten Diskussionsredners zur Sozialversicherung ist charakterisiert durch die Phrase: „Erst kommen wir, dann die Sozialversicherung."

Unter den Zuhörern fanden die drei Nazi-Aerzte starken Beifall, und obwohl ihre Angriffe gegen das herrschende System und die nicht deutschstämmigen Kollegen oft und deutlich zum Ausdruck kamen, fiel es auf, daß der Vorstand diese bewußt parteipolitische und rein propagandistische Art der Redner kaum zu rügen wagte. Daß die Nazi-Aerzte den Vertrag auch vom

politischen Standpunkt aus zu betrachten suchten, wäre an sich noch nicht zu verwerfen, daß man aber von vornherein Wert darauf legte, bei der Regelung der Beziehungen zwischen Kassen und Aerzten die Ausschaltung marxistischer und jüdischer Aerzte zu fordern, mag vom Standpunkt der Hitler-Aerzte selbstverständlich sein, durfte aber vom Vorstand nicht geduldet werden. Der Beifall unter den Zuhörern bewies auch, daß der Anhang der Nazi-Aerzte geschickt zusammengetrommelt war.

Auf der außerordentlichen Tagung war der Erfolg dieser Kollegen praktisch bedeutungslos. Selbst die Vertreter der Jung-Aerzte stimmten dem Vorgehen des Hartmannbundes zu. Die Abstimmung unter den Delegierten ergab 248 Stimmen für und 22 Stimmen gegen die Annahme des neuen Vertrages. Die Stimmung auf dieser Tagung muß uns aber doch lehren, daß der Kampf gegen uns mit allen Mitteln von den faschistischen Aerzten aufgenommen wird. Die letzteren werden kaum den sozialistischen Aerzten nachsagen können, daß sie selbst dort, wo es ihnen möglich war, bewußt andersdenkende Kollegen zu schädigen gesucht hätten. Das Vorgehen der Nazi-Aerzte am 1. November beweist aber deutlich, daß sie nicht nur im Dritten Reich, sondern schon in der Gegenwart bestimmte Gruppen innerhalb des Hartmannbundes zu schädigen suchen werden. Das erfordert einerseits Maßnahmen von seiten der gefährdeten Kollegengruppen, andererseits von seiten des Hartmannbundes selbst.

Solange sozialistische und jüdische Aerzte weder aus eigenem Antriebe, noch auf Grund eines Gesetzes aus dem Hartmannbund ausgeschieden sind, ist sein Vorstand verpflichtet, dafür zu sorgen, daß uns innerhalb des Verbandes eine höchstmögliche Sicherheit in wirtschaftlicher und persönlicher Hinsicht gewährleistet wird. Es geht nicht an, daß Mitgliedergruppen innerhalb einer Gemeinschaft, an die sie, wie im Hartmannbund, aus bekannten Gründen gebunden sind und zu deren Aufrechterhaltung sie in gleichem Maße wie ihre Gegner beitragen, von diesen dauernd angepöbelt und in der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden.

Nach der Zahnärztekammerwahl

E. F. Im Anschluß an die Aerztekammerwahlen fand die Wahl zur preußischen Zahnärztekammer statt. Wir freigewerkschaftlichen Kollegen, die mit der Aerzteschaft in der Reichssektion Gesundheitswesen im Gesamtverband organisiert sind, beteiligten uns zum ersten Male mit einer eigenen Liste. Wir hatten Gelegenheit, unsere Ideen in Wort und Schrift vor der Zahnärzteschaft zu vertreten. Für unsere Liste wurden 45 Stimmen abgegeben, die offizielle Standesliste, mit dem ganzen Organisationsapparat und mit einem großen Schlepperdienst arbeitend, erhielt 674, und eine Liste Drucker 191 Stimmen. Die Nazigruppe hatte Stimmenthaltung proklamiert.

Wir verschmähten es, um des Stimmenfangs willen, unsere Ziele zu verschleiern. Wir führten den Kampf mit einem klaren, sachlichen Programm für die Sozialisierung des Heilwesens, gegen egozentrische Standespolitik, für ein enges Zusammenwirken mit den Millionen Versicherten in den freien Gewerkschaften, für Erhaltung und Ausbau der Sozialversicherung und der gesundheitlichen Fürsorge. Daß solche Forderungen in weiten Schichten der noch individualistisch eingestellten und unaufgeklärten Kollegenschaft nicht populär sind, war uns von vornherein klar. Die offizielle Standesorganisation bekämpfte unser „politisches“ Programm, und besonders unsere Forderung der „Sozialisierung“ in Flugblättern und in Versammlungen, in denen wir unseren Standpunkt darlegten. Man versuchte sogar, zwei unserer Kandidaten, die seit vielen Jahren gewählte Funktionäre des Verbandes sind, zu maßregeln. Die Standesorganisation will ihre bisherige Isolierungstaktik fortsetzen, obwohl es klar ist, daß die relativ sehr geringe Zahl von Zahnärzten allein achtlos ist. Gegen politische Auseinandersetzungen, für eine einheitliche ärztliche Stellungnahme, das ist die Weisheit der ärztlichen wie der zahnärztlichen Standesführung! Sie kann aber nicht aus der Welt schaffen, daß die gesamte Aerzteschaft in das wirtschaftliche und politische Leben hineingestellt ist, und daß sie sich richten muß nach der ökonomischen Wirklichkeit. Es gibt keine einheitliche ärztliche Stellungnahme! Sie ist abhängig auch bei den Gesundheitsfragen von der Weltanschauung und dem politischen Standpunkt des einzelnen.

Die Liste Drucker vereinigt alle politischen Schattierungen von „links“ bis ganz rechts. In Wirklichkeit vertritt sie den schlimmsten grundsatzlosen Interessenten-Egoismus. Mit der Standesorganisation um die Wette fordert sie die Erhaltung der „freien“ Praxis, außerhalb der Wahl tritt sie gelegentlich für Kliniken ein. Angeblich kämpft sie gegen die „hochbezahlten Funktionäre“. Dabei bezieht derselbe Drucker als ganz nebenamtlicher Leiter des zahnärztlichen Büros der AOK. mindestens

10 000 RM jährlich. Dazu hat er sich zahlreiche, einträgliche Pfründen bei verschiedenen Instanzen auf Grund persönlicher Beziehungen gesichert, während die werktätigen Kollegen im Zeichen der Sparwut eine denkbar niedrige Bezahlung erhalten. Gegen uns Freigewerkschaftler haben Drucker und sein Anhang im Wahlkampf die unglaublichsten Unwahrheiten verbreitet, die wir zum Teil wenigstens in Kollegenkreisen richtigstellen konnten. Unsere Liste soll — so wird wider besseres Wissen behauptet — auf Initiative der Standesorganisation entstanden sein. Als ganz besonders raffiniertes Wahlmanöver soll wenige Tage vor der Wahl plötzlich ohne Wissen der Mitglieder eine Listenverbindung vereinbart worden sein. Wir seien gar keine freigewerkschaftliche Liste, wir hätten niemals zuvor für diese Ideen gewirkt. Es muß schlecht um eine Bewegung stehen, wenn sie ihre Zuflucht zu solchen Lügen nehmen muß! Eine Listenverbindung kam nicht einen Moment in Frage; es hat nicht einmal eine Verhandlung stattgefunden. Zu dem Zeitpunkt, da die Verleumdung gedruckt wurde, war der Termin für eine Listenverbindung bereits abgelaufen.

Drucker, ein Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte, verzichtet wohlweislich auf eine sachliche Auseinandersetzung mit unserem freigewerkschaftlichen Programm, wie er es auch verschmäht, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Nicht mit Unrecht werden die Drucker und Kollegen in weiten Kreisen mit der wenig schmeichelhaften Bezeichnung „Gelbe" belegt. Das waren lange vor der Kriegszeit schon die von der ganzen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gehaßten Arbeiterelemente, die zum Zwecke der widerstandslosen Ausbeutung und Beherrschung des Proletariats stets dem Unternehmertum zur Verfügung standen. Eine solche gelbe Organisation hat einmal in der Vorkriegszeit auf die Tagesordnung ihrer Agitationsversammlung das Thema gesetzt:

„Wie können wir einer eventuellen Lohnforderung und Arbeitszeitverkürzung wirkungsvoll entgegentreten, um unsere Herren Fabrikanten vor Schaden zu bewahren?"

Was kümmert die Drucker-Kollegen das Wohl der Versicherten und auch das ihrer Berufskollegen, die wie jeder Arbeitnehmer ein Anrecht auf angemessene Bezahlung der Leistungen und auf würdige Arbeitsbedingungen haben? Die Gewerkschaft wird sich mit dieser gewerkschaftsfeindlichen Gruppe, die allein das Ohr der Krankenkassenleitungen zu haben glaubt, eingehend befassen müssen.

Wir sind nicht entmutigt, daß wir bei dem ersten Eingreifen nicht mehr Kollegen um uns sammeln konnten. Unsere enge Verbundenheit mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen gibt der noch geringen Anzahl eine weit darüber hinausgehende Bedeutung. Wir werden unsere Aufklärungsarbeit in verstärktem Maße fortsetzen.

RUNDSCHAU

Arbeitshaus statt Fürsorgeerziehung

Genosse Stadtrat Walter Friedländer protestiert in einem Artikel der „Arbeiterwohlfahrt" gegen den Plan, auf dem Wege der Notverordnung Fürsorgezöglinge, die sich als „unerziehbar" erweisen, und Jugendliche, die nicht mehr in die Fürsorgeerziehung aufgenommen werden, an Stelle einer Erziehungsanstalt in ein Arbeitshaus zu bringen. Solche Forderungen wurden vor Jahrzehnten im reaktionären preußischen Herrenhaus bereits erhoben, aber selbst von dem damaligen Abgeordnetenhaus abgelehnt.

Es würde einen außerordentlichen Rückschritt und eine schwere Gefährdung der Jugendlichen bedeuten, wenn man den Plan jetzt verwirklichen wollte. Es ist unvermeidlich, daß die in den Arbeitshäusern untergebrachten Landstreicher, Bettler, Zuhälter, Dirnen und Kupplerinnen auf Jungen und Mädchen die allerschlimmsten Einflüsse ausüben müssen, die sich in gefährlicher Weise für die Jugendlichen selbst und für die Allgemeinheit auswirken würden. Wie sieht es heute in den Arbeitshäusern aus? Es besteht die zehnstündige Arbeitszeit, die Prügelstrafe ist mehr oder minder offiziell zugelassen. Bei der Zuführung von Jugendlichen müssen Katastrophen entstehen, die noch über die entsetzlichen Erscheinungen der Anstaltsmißhandlungen in der Fürsorgeerziehung der letzten Jahre weit hinausgehen. Es ist nicht zu verantworten, daß schwierige Jugendliche, bei denen großenteils krankhafte Anlagen ihre erzieherische Beeinflussung gehindert haben, nun durch militärischen Drill, Prügel und Zwangsmaßnahmen, die ihren Haß und ihre Opposition notwendig aufs schlimmste steigern müssen, in Arbeitshäusern zu gefährlichen Feinden der Gesellschaft gemacht werden.

Gegen den Hochschulterror.

Am 20. November veranstaltete die Sozialistische Studentenschaft in Wien eine überfüllte Studentenkundgebung, um gegen die Uebergriffe der Hochschulreaktion und ihre neuesten Pläne zu protestieren. Nationalrat Genosse Karl Leuthner, mit dessen Namen der Studentenrechtskampf der letzten zehn Jahre eng verbunden ist, berichtete über den Plan der Reaktion, das vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Machwerk des Hrn. Gleispach auf parlamentarischem Wege durchzusetzen. „Die sozialdemokratischen Abgeordneten", so rief er aus, „werden mit aller Entschiedenheit gegen ein rassenschützlerisches Studentenrecht kämpfen, die sozialistischen Studenten aber müssen den Kampf gegen Haken-

kreuz- und Heimwehrfaschismus auf vorgeschobenem Posten bestehen." Es wird notwendig sein, in diesem Abwehrkampf die Kampffront über die eigenen Reihen hinaus zu erweitern und die gesamte lernwillige Studentenschaft, ja, die gesamte Oeffentlichkeit zum Kampfe gegen die Radaubrüder und ihre Helfershelfer aufzurufen. Genosse Walter Hitzinger erklärte die Illusion der Arbeiterfreundlichkeit der Hakenkreuzler und zeigte deutlich auf, daß der Kampf der Hitlerianer gegen die Juden in Wahrheit nur Vorwand ist, während ihr Haß in Wirklichkeit den Arbeiterstudenten gilt.

Nationalrat Gen. Karl Heinz sprach von der Empörung der Bevölkerung, die es nicht länger mitansehen wird, wie mitten im roten Wien Faschistenbanden zum „Ordnungsdienst" herangezogen werden und in voller Uniform von den illegalen Formationen des Faschismus in der Aula der Wiener Universität Paraden abgehalten werden. Er warnte die akademischen Behörden eindringlich davor, die Wiener Arbeiterschaft herauszufordern. Die Putschisten des 13. September und die Banden des Herrn Hitler, die sich als die Herren der Hochschulen aufspielen, als Hüter der Alma mater Vindobonensis, sind der beste Beweis dafür, daß man an die geistige Verdorfung der Universität die Balkanisierung anschließen will.

Genosse Dr. Otto Tschadek schilderte die Machtverhältnisse an der Universität. Es gibt zwar jedes Jahr einen neuen Rektor, und doch wagt er — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — nie, dem Terror der studentischen Krawallmacher und ihrer Beschützer aus dem Professorenkollegium entgegenzutreten. So sieht er sich dann gezwungen, die sozialistischen Studenten als Provokateure hinzustellen und den Randalierenden selbst den „Ordnungsdienst" zu übertragen. Bezeichnend genug, wenn man unserem Vertreter, der verlangte, daß auch die Akademische Legion Ordnungsdienst machen dürfe, erwidert hat, „das könne man doch nicht wagen"!

Die sehr gut besuchte Kundgebung war ein vielversprechender Auftakt im Abwehrkampf gegen das Rassenstudentenrecht, den die Sozialistische Studentenschaft mit Einsatz aller Kräfte zu führen gewillt ist.

„Erneuerung des Heilberufes"

Am 5. und 6. Dezember fand in Leipzig die Reichstagung der nationalsozialistischen Aerzte statt. Inhaltlich gleicht ihr Verlauf — wie ein Ei dem anderen — dem der Gautagung vom September in Dresden. Wir registrieren: die gleichen Referate über „Rasse und Volk", die „Rassenhygiene im Dritten Reich", „Reform der Sozialversicherung", „Standespolitik". Die gleichen Töne, ja wörtlich dieselben Phrasen über „die nordische Rasse, die edelste Blüte am Baum der Menschheit", über die Nationalbiologie, die Auslese und für Kinderreichtum um jeden Preis. Nötig sei zur Hebung der Geburtenzahl die Herausziehung der Frau aus dem Erwerbsleben. Und werde

dann der Lebensraum zu eng, so werde man neuen Raum mit dem Schwert in der Hand erobern müssen. Neu die Prägung des Pg. Dr. Deuschl: „Wir nationalsozialistischen Aerzte sollen und wollen die SA. unter den deutschen Aerzten sein“. Ist es Empfehlung für Reinigungs- und Henkerdienst? Neu aufgenommen ins Repertoire war der Vorschlag eines Apothekengesetzes auf nationalsozialistischer Grundlage, das selbstverständlich nur „Staatsbürgern“ das Recht des Apothekenbetriebes verleiht. (Von Verbilligung der Arzneimittel steht allerdings nichts darin). In der Krankenversicherung soll gleichfalls nur deutschstämmigen Aerzten das Praxisrecht gegeben sein. Heraus mit den Juden aus der Kassenpraxis ist die Parole, und heraus mit den Juden aus den beamteten Arztstellen! — Wirkliche Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge — uns scheint, immerhin ein aktuelles Problem — ist und konnte nicht erörtert werden. Es gab viel Heil-Hitler-Geschrei, Faschistengruß und SA.-Uniformen.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Erfolge des VSAe. in Breslau

Unsere Breslauer Genossen haben bei den Aerztekammerwahlen, wo sie zum ersten Male mit einer eigenen Liste auftraten, ein gutes Resultat erzielt. Die VSAe.-Liste erhielt mit 216 Stimmen 5 Mandate und ebensoviele Stellvertreter. Für die offizielle Standesliste wurden 660 Stimmen (16 Mandate), für die Nazis 308 Stimmen (7 Mandate) abgegeben.

Dem Vorstand unserer Ortsgruppe gehören nach der erfolgten Neuwahl die Kollegen Neufeld, Kleemann, Beck, Silberberg und Adler an.

Aus der Schweiz

Ende November fand in Anwesenheit des Gen. Julian Marcuse-München als Vertreter des Internationalen Büros in Zürich eine Zusammenkunft sozialistischer Aerzte statt. Die Anregung, in Kürze eine Schweizer Landesgruppe zu gründen, wurde allseitig freudig aufgenommen. Von Kollegen verschiedener Landesteile sind zustimmende Antworten eingetroffen. Besonders die Genossen aus Basel und Bern versprachen weitere Propaganda in der Kollegenschaft. Für die nächste Zeit ist eine Zusammenkunft größeren Stils in Aarau oder Olten geplant, um die endgültige Konstituierung des VSAe. vorzunehmen.

Aus der Slowakei

Einigen aktiven sozialistischen Aerzten ist es vor wenigen Monaten auf Initiative des Berliner Büros und mit Hilfe der Prager Genossen gelungen, in Bratislava eine Ortsgruppe der sozialistischen Aerzte

zu bilden. Auch die Organisierung einer **Landesgruppe für die Slowakei** ist in Angriff genommen worden. Der Erfolg ist vielversprechend. Bis jetzt sind in Bratislava 51 Kollegen der Gruppe beigetreten, aus der übrigen Slowakei etwa 70 Aerzte. Der provisorische Landesausschuß organisiert einzelne Ortsgruppen überall dort, wo mehr als fünf Kollegen vorhanden sind. Bis jetzt sind solche Gruppen in Zilina, Sillein, Kosice und Presov gegründet worden.

Die Ortsgruppe in Bratislava hat seit dem Bestehen eine ganze Anzahl von Versammlungen abgehalten. Aus dem Programm seien die nachfolgenden Vorträge und Referate erwähnt:

Dr. Max Popper, Prag: Ueber die Bildung der Aerzte-Internationale in Karlsbad.

Dr. J. Och: Die Aufgaben der sozialistischen Aerzte in der Arbeiterbewegung.

Dr. Tuscherer: Ueber dialektischen Materialismus.

Dr. Pechár: Die Sozialversicherung in der CSR.

Dr. Stuchlik: Die Aufgaben des Arztes in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Außerdem hat die Gruppe einen marxistischen Zirkel zum Studium des Marxismus. Unter Leitung des Gen. Tuscherer wird wöchentlich ein Seminarabend abgehalten. Im Januar wird eine öffentliche Matinee über die Frage des Abortus veranstaltet werden.

Alle Kollegen der Slowakei, die sich für unsere Bewegung interessieren, werden gebeten, sich an die folgende Adresse zu wenden:

Svaz soc. dem. lekárov Bratislava, Nam. 1. Maja. Rob. dom.

Aus der ungarischen Sektion.

Die starke Radikalisierung der Intellektuellen, die auch in Ungarn sich vollzieht, veranlaßt in letzter Zeit einen neuen Zustrom zu unserer sozialistischen Aerztevereinigung. Sie hat kürzlich ein Aktionsprogramm aufgestellt, das an anderer Stelle in deutscher Uebersetzung den Kollegen und Genossen anderer Länder zur Kenntnis gebracht wird.

Die neue Leitung der Sektion besteht aus folgenden Kolleginnen und Kollegen:

Präsident: Szöllös Henrik.
Vizepräsident: Walter.
Sekretär: Jahn.
Kassierer: Schönstein.
Beisitzer: Bartos, Schwarz Sára, Fabian, Pikler.

Die Vereinigung will in nächster Zeit die gesundheit-

lichen Schädigungen der Arbeitslosigkeit in Form von Ausstellung und Statistik darstellen. Zu diesem Zwecke sollen Fragebogen von Arbeitslosen selbst ausgefüllt werden. Material und Anregungen werden von allen Kollegen und Genossen gern entgegengenommen.

Achtung! Rückständige Beiträge!

Die Mitglieder, die noch mit Beiträgen im Rückstande sind, werden dringend gebeten, im Interesse unserer Organisation ihren Verpflichtungen nachzukommen. Berliner Genossen und Einzelmitglieder zahlen 13 Mark jährlich inklusive Abonnement für den „Soz. Arzt" direkt an den Kassierer Dr. F. Rosenthal, Bln.-Wilmersdorf, Kaiserallee 175 (Postscheckkonto Nr. 189). Die Kassierer der Ortsgruppen werden ebenfalls um schnelle Abrechnung gebeten.

Zuständig für alle Zahlungen für den „Soz. Arzt" (Abonnements, Pressefonds usw.) ist: Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheckkonto Nr. 74 915).

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

Prof. F. Schönenberger: Der Naturarzt. Aerztlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. 5. Erweiterte Auflage. 2 Bd. 1200 S. Preis in Leinen 28 RM. Verlag: Lebenskunst — Heilkunst, Berlin.

Dieses Werk gehört in die Reihe der Bücher, die zur Popularisierung medizinischen Wissens im besten Sinne beitragen. Der erste Teil behandelt Bau, Leben und Pflege des menschlichen Körpers sowie ausgewählte Kapitel aus der Gesundheitslehre (Ernährung, Alkohol, Leibesübungen, Säuglings- und Kinderpflege usw.). Der Verfasser begnügt sich nicht damit, billige Ratschläge zu geben, wie wir es von Gesundheitswochen und sonstiger Propaganda her kennen, sondern er hebt etliche Grundursachen für den Niedergang der Volksgesundheit hervor. Die durch die Bodenspekulation verschärfte Wohnungsnot, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die Beschäftigung der Kinder in der Industrie und bei der Heimarbeit, die durch hohe Lebensmittelpreise und schlechte Lohnverhältnisse bedingte mangelhafte Ernährung und der Alkoholismus werden mit Recht in den Vordergrund gestellt. Nicht alltäglich in dem Buch eines bürgerlichen Verfassers über Gesundheitsfragen ist ein Satz wie dieser: „Die Anhäufung von Riesenvermögen in den Händen einzelner und die damit Hand in Hand gehende Proletarisierung der Massen ist in der Hauptsache nur dadurch möglich, daß man die Bodenschätze an Kohle, Metall, Kali, Petroleum, Salz usw. der privaten Ausbeutung überläßt, statt sie für die Gesamtheit nutzbar zu machen."

Im 2. Band, der die verschiedenen Krankheiten und das Verhalten dabei behandelt, wird ausführlich über die Anwendungsformen der Wasserheilkunde berichtet. Es geschieht im Geiste des genialen Vinzenz Prießnitz, dessen Lebenswerk das Fundament für die Naturheilbewegung ist. Vor wenigen Jahrzehnten wurden alle sogenannten „Naturärzte" von den ärztlichen Kollegen boykottiert. Ein gerichtliches Gutachten über die Behandlungsart des Verfassers, Prof. Schönenberger, sagt: „Sch. wird nicht etwa glauben und behaupten wollen, daß man mit Bädern, Waschungen, Packungen bei Entzündungen irgendeinen Einfluß ausüben könne."

Manches hat sich inzwischen geändert. Viele „Naturheilmittel" wie Wasseranwendungsformen, Luft- u. Lichtbäder, Massage, Heilgymnastik

haben Aufnahme in den Heilschatz der Wissenschaft gefunden.

Wir empfehlen das Buch, das den Arzt nicht ersetzen oder ihm ins Handwerk pfuschen will, insbesondere den Bibliotheken als überaus nützlich zum Studium für die breiten Volkskreise. F.

Laboratoriumstechnik in der Medizin.
Herausgegeben unter Mitwirkung von Fachwissenschaftlern von Dr. Kurt Holm, Physikus an der Gesundheitsbehörde von Hamburg. 700 S. Mit 351 Abbildungen. Leinen 36 RM. Paul Hartung Verlag, Hamburg 25.

Der Herausgeber hat in engster Zusammenarbeit mit Fachgelehrten ein Werk geschaffen, das denjenigen ein ständiges Lehr- und Hilfsbuch sein soll, die mit der medizinischen Laboratoriumstechnik zu tun haben. Alle wichtigen physikalischen und chemischen Fragen, biologische und diagnostische Untersuchungsmethoden, Mikroskopie und Laboratoriumsphotographie werden mit besonderer Berücksichtigung der Fehlerquellen behandelt. Allen denen, die an medizinischen Instituten und Untersuchungsstellen privater und amtlicher Natur, Krankenhäusern, Sanatorien und Gesundheitsbehörden tätig sind, auch allen Aerzten wird dieses Buch — aus der Praxis für die Praxis geschrieben — ein Vademekum sein.

Sexualfragen

Sexualpädagogik. Vorlesungen von Prof. Ernst v. Dühring, Frankfurt a. M. Rotapfel-Verlag: Erlenbach, Zürich-Leipzig.

Aus dem Inhalt: Biologische Fragen. Die Geschlechtsliebe. Die Ehe. Freie Liebe. Prostitution. Widernatürliche Geschlechtsbefriedigung. Aufklärung. Bevölkerungspolitik. Geburtenregelung. Eugenik-Eheberatung.

Die Neue Generation, herausgegeben von Dr. Helene Stöcker. Aus dem Inhalt des Oktober-November-Heftes 1931:

Rud. Goldscheid: Zur Geschichte der Sexualmoral; Zahlen zum § 218 von Max Barth; Fürsorgeerziehung in USSR.; Die Ursachen des Geburtenrückgangs in neuer wissenschaftlicher Beleuchtung von Dr. Lotte Neißer-Schroeter.

Freies Geschlecht. Zeitschrift für Sexual- und Lebensreform. Verlag: SO 36, Elisabethufer 28/29.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege

Ernst Erich Noth: „Die Mietskaserne", Roman junger Menschen. Societätsverlag Frankfurt a. M. 1931.

Ein junger Mensch hat das geschrieben. Im wesentlichen seine eigene Geschichte. Aus dem Kleinbürgerproletariat der Mietskaserne eines Berliner Vororts kommt er, belastet von den letzten Erinnerungen an die Hungerkindheit während des Krieges. Intelligent, erhält er eine Freistelle auf der „höheren Schule" — die Revolution öffnet „freie Bahn dem Tüchtigen". Und schon rennt er gegen die Klassengegensätze, ist von den „reichen" Mitschülern in den Schatten gedrückt und erlebt im Wechsel zwischen intellektueller Ausbeutung durch die besser gestellten Kameraden und dem täglichen Zurückmüssen in das Geburtsmilieu der Mietskaserne die typische Jugend der Zwischenschicht, die klassenbewußtes Proletariat und Großbürgertum trennt. Das Erwachen des Sexuellen, der Drang nach persönlicher Freiheit, Freiheit von der Belastung durch Elternhaus und Schule, Freiheit für . . . ja, das ist noch ungewiß, Freundschaften, nach väterlichem Stil gehaltene „Kommentabende", Liebeleien, Drang nach Wissen, alle diese den jugendlichen Menschen verwirrenden Erlebnisse taumeln an uns vorüber, lebenswahr, fast reportagehaft berichtet und doch in schon verheißend geschlossener Form eines lesenswerten Prosawerks: Der soziale Roman, das erste Buch eines Anfängers,

von dem wir hoffentlich noch viel zu erwarten haben.

Max Hodann.

Das reifende Proletariermädchen.*)

Die Arbeit, die in der Schriftenreihe der Wiener Arbeiten zur pädagogischen Psychologie erschienen ist, enthält die Ergebnisse jahrelanger systematischer Beobachtungen einer Lehrerin an den Mädchenschulen eines Wiener Proletarierbezirkes. Objekt der Untersuchung waren 90 Proletariermädchen im Alter zwischen 11 und 13. Die Beobachtungen erstrecken sich nicht nur auf das Verhalten der Kinder in der Schule (während des Unterrichts, zu ihren Lehrern und Mitschülern), sondern auch auf die häuslichen Verhältnisse. Der Schluß, zu dem die Verfasserin kommt, ist kurz gefaßt — mit ihren eigenen Worten — der: „Von der Familie, die mit ihren negativen Einflüssen das Mädchen gefährdet und sein allgemeines Lebensgefühl herabdrückt, ist für das Mädchen nichts Günstiges zu erwarten . . . Die Schule ist die Quelle der stärksten geistigen Anregung, für viele fast die einzige." Mag der Einfluß der Schule vielleicht auch in etwas zu leuchtenden Farben dargestellt sein; für die negativen Wirkungen der Familie bringt die Verfasserin schlagendes Material. Da sind zunächst die Wohnverhältnisse. Sie sind, obwohl ein Teil der Kinder in neuen Gemeindewohnungen haust, trostlos. „Ueberall ist die gleiche Enge, das gleiche Leben in der Küche, nur daß es in den Wohnküchen der Neubauten lichter und schöner, in den anderen Küchen düster und unfreundlich ist. Beinahe ein Viertel der Familien besteht aus 7—10 Personen, die in Zimmer und Kabinett wohnen. 16 Prozent der Einzimmerwohnungen werden von 7 bis 10 Personen bewohnt. In mehr als einem Drittel der Fälle schlafen mehr als 5 Personen in einem Zimmer. Zahlen, die es nicht erstaunlich erscheinen lassen, wenn Dr. Rada daran die Feststellung knüpft: „Es gibt nur wenige Familien in unserem Stadtviertel, in denen nicht wenigstens ein Familienmitglied an der Lunge erkrankt ist." Die wenigsten Mädchen haben rein technisch die Möglichkeit, ihre Schularbeiten in Ruhe und Ordnung erledigen zu können,

*) Von Dr. Margarete Rada, Wien-Leipzig, Deutscher Verlag für Jugend und Volk. 1931. 77 Seiten. Preis 3 Mk.

„42 Prozent der Kinder haben keinen Lernplatz“. . . . „Mehr als ein Drittel werden regelmäßig gehindert, ihre Aufgaben zu machen.“ — Wodurch gehindert? Teils durch rücksichtsloses Verhalten der Erwachsenen und Geschwister, teils durch die Ueberlastung mit häuslicher Arbeit. Dr. Rada macht darüber folgende beachtenswerten Angaben: „Es besorgten die ganze Wirtschaft ohne Kochen: 17 Proz. der Mädchen. Samstag: Scheuerarbeit: 17 Prozent, Hilfe am Waschtag 54 Prozent (⅓ der Mädchen versäumt deshalb die Schule), Geschirr mittags 67 Prozent, Geschirr abends 10 Prozent, Mithilfe bei der Heimarbeit 8 Prozent; nur gelegentliche kleine Hilfsleistungen 16 Prozent.“ — Und die Einwirkung der Eltern auf die Kinder, der vielgepriesene geistige Einfluß des Elternhauses? — Damit steht es so: 79 Prozent der Mütter sind mit Hausarbeit so überlastet, daß sie für das Kind keine Zeit haben. „Der Vater ist in der Mehrzahl der Fälle für das Kind unerreichbar, da er schläft (Nachtarbeiter) oder ausgegangen ist, wenn das Kind zu Haus ist.“ Eine eigens dazu angestellte Umfrage ergab, daß „nur ein Drittel der Kinder von daheim aus überhaupt eine kleine geistige Anregung hat, das heißt, daß bei diesen Kindern hie und da etwas anderes als die tägliche häusliche Misère besprochen wird.“ Da die Verfasserin von Fach Pädagogin und nicht Aerztin ist, schenkt sie naturgemäß der körperlichen Entwicklung der Mädchen weniger Beachtung als jenen Fragen, die in unmittelbaren Zusammenhang mit der Schule stehen. Die Feststellung, daß die Kinder „nicht so schlecht körperlich entwickelt sind, wie man aus den vielfach ungesunden Lebensbedingungen schließen könnte“, sticht etwas ab von der Gründlichkeit, mit der andere Fragen behandelt werden. Trotz dieses Mangels — auch trotz eines gewissen Schematismus in der Behandlung psychologischer Fragen wird das Studium der Broschüre gerade dem sozialistischen Arzt viel Wertvolles bieten. Isa Strasser.

Verschiedenes

Die Beschneidung bei Mann und Weib. Ihre Geschichte, Psychologie und Ethnologie von Felix Bryk. Verlag Gustav Feller. Neubrandenburg. Brosch. 15,60 RM, geb. 18 RM.

Das interessante Material: Quellenschriften sowie ihre Würdigung in der Literatur sind mit großer Genauigkeit zusammengetragen. Für jeden ethnologisch und sexual-psychologisch interessierten Arzt eine sehr wertvolle Bereicherung. Aus der magischen Sphäre religiösen Gebotes werden die Beschneidungsriten an das Licht moderner psychologischer Betrachtung gehoben. Gut zusammengestellte Bilder und Photographien ergänzen den Text.

Ramon J. Sender: Imán, Kampf um Marokko. Verlag „Der Bücherkreis“, Berlin. 1931. Preis 4,80 RM.

Dieser spanische Roman ist stark in der Einzelschilderung grauenhafter Kriegsszenen, in der knappen, aber um so eindringlicheren Kennzeichnung des spanischen Militarismus (der in seiner Borniertheit ebensogut der Militarismus jedes anderen Landes sein könnte) und in der wortlosen, nur zwischen den Zeilen erwachsenden Anklage gegen die Sinnlosigkeit dieses Kolonialkrieges. Dem Roman fehlt die eigentliche Gestaltung der Geschehnisse, fehlt überhaupt eine einheitliche Linie der Handlung, und seine größte Schwäche ist eine fast ans Groteske grenzende konstruktive Psychologie, die spanischen Bauern und Landarbeitern Reflexionen tiefsinniger Philosophen in den Mund legt. Viel wichtiger, viel interessanter wäre es gewesen, von dem spanischen Verfasser etwas über das wirkliche Empfinden dieser spanischen Volksschichten zu hören; statt dessen präsentiert er uns nur seine eigenen Gedanken. So kann uns das Buch an einigen Stellen erschüttern und mitreißen; im ganzen vermittelt seine Lektüre nicht mehr als eine mäßig bedeutsame literarische Bekanntschaft.

W. F.

Wl. Woytinsky: „Die Welt in Zahlen", Band VII, Mosse-Verlag, Berlin 1928: Staatliches und kulturelles Leben.

Mit diesem Band erhält das riesige Zahlenwerk Woytinskys seinen Abschluß. Der Band enthält speziell die Daten, die uns statistisch am meisten interessieren: Statistik des Gesundheitswesens, Heilpersonal, Anstaltswesen, Blinde, Stumme und Geisteskranke, Krankheitsstatistik, Alkoholismus, Sterblichkeit, Leibesübungen. Ferner die international erreichbaren Angaben über das Wohnungswesen, speziell über übervölkerte und leerstehende Wohnungen, sowie den internationalen Mieterschutz. Schließlich enthält auch die Abteilung über Justizwesen eine Reihe für uns wesentlicher Angaben über Geschlecht und Alter der Delinquenten sowie über die Beziehungen zwischen Alkoholismus und Kriminalität. Es liegt in der Natur der Sache, daß das gebotene Material nicht gleichmäßig sein konnte; dazu sind die Erhebungsmethoden und die Erreichbarkeit der Daten in den einzelnen Ländern zu verschieden. Aber wie alle Arbeiten des Verfassers bietet das Mitgeteilte außerordentlich viel Anregung und sei zum Studium dringend empfohlen. Hodann.

„. . . denn sie wissen, was sie tun." Ein deutscher Justiz-Roman von Ernst Ottwalt. Malik-Verlag, Berlin. Kartoniert 2,85, in Leinen 4,80 RM.

Der Autor von „Ruhe und Ordnung" kennt das Milieu, das er beschreibt, sehr, sehr gut. Es ist das der Richter und Gerichtssäle, in Berlin und in der Provinz, Universität, Studentenkneipe — und das dazugehörige „traute Heim". Der Werdegang eines deutschen Richters wird geschildert und über dem Typischen, Klassenbedingten vergißt Ottwalt nicht das individuelle der Richter. Dickmann ist gut gesehen, es kann ihn wirklich geben. — Wer diesen Roman liest und die politischen und die „unpolitischen" Prozesse der letzten vierzehn Jahre, die erwähnt werden, auf sich wirken läßt und wer dann noch nicht den Klassencharakter der Justiz erkennt — dem ist nicht zu helfen! Mic.

Ede und Muku. Ein Roman für Jungen und Mädchen von Alex Wedding. Mit 9 Bildern, 208 Seiten, gebunden 3,75 RM. Malik-Verlag, Berlin.

„Der Bücherkreis", Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder. 8. Jahrgang, 1932, Heft 1. Sonderheft „Polnische Literatur". Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 61. Preis 60 Pf.

Das neue Bücherkreisheft trägt seinen Titel nach einem gleichlautenden Aufsatz von Hilarius Berg. Er bildet die Ergänzung zu der von demselben Autor in einem früheren Heft gebotenen kritischen Durchleuchtung der „Ostliteratur". Berg stellt fest, daß seit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit die bürgerliche Literatur die Fühlung mit der Wirklichkeit

völlig verloren hat, eine proletarische Literatur kaum existiert und in den letzten Jahren nur ein einziger Roman von Format erschienen ist. — „Vorfrühling“ von Stefan Zemorski (eine Satire auf das neue Polen Pilsudskis), aus dem der Aufsatz eine charakteristische Probe wiedergibt. — Ludwig Kahl führt den Leser in seinem Beitrag „Jugend wandert ins Grauen“ auf den „zerschossenen Dreckhaufen“ des Hartmannsweilerkopfes. — Als zweiter Mitarbeiter in der diesmaligen Gruppe „Arbeiter senden Erzählungen ein“ ist Max Otto, ein Arbeitsloser, mit einer Skizze galligen Humors „Dichter und Erfinder in einer Person“ zu nennen.

Sturm über Spanien. Verlag: „Der Syndikalist“, Berlin S 14. Preis 15 Pf.

Eingesandt:

„Die Pflanze als Lebewesen.“ Von diesem im Societäts-Verlag, Frankfurt a. M., erschienenen wertvollen Bildbuch von Ernst Fuhrmann ist nunmehr auch eine billige steif broschierte Ausgabe zum Preis von 4 Mark erschienen. Natur- und Pflanzenfreunde werden es begrüßen, daß das schöne Bildbuch nunmehr auch in einer Ausgabe vorliegt, deren Preis auch weniger Bemittelten erschwinglich ist.

Hinweis! Diesem Heft liegen zwei Prospekte bei (Nordmark-Werke und Williams & Co. Verlag), auf die wir besonders aufmerksam machen.

Einzelpreis 0,50 RM, Abonnement jährlich 4,50 RM, vom Verlag (Dr. M. Flake), Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29; Tel.: F 1 Moritzplatz 5471. Für Inserate: M. Wittenberg, W 15, Lietzenburger Straße 4; Tel.: J 1 Bismarck 5173. Postscheck-Konten: Berlin 40054; Prag 501347.

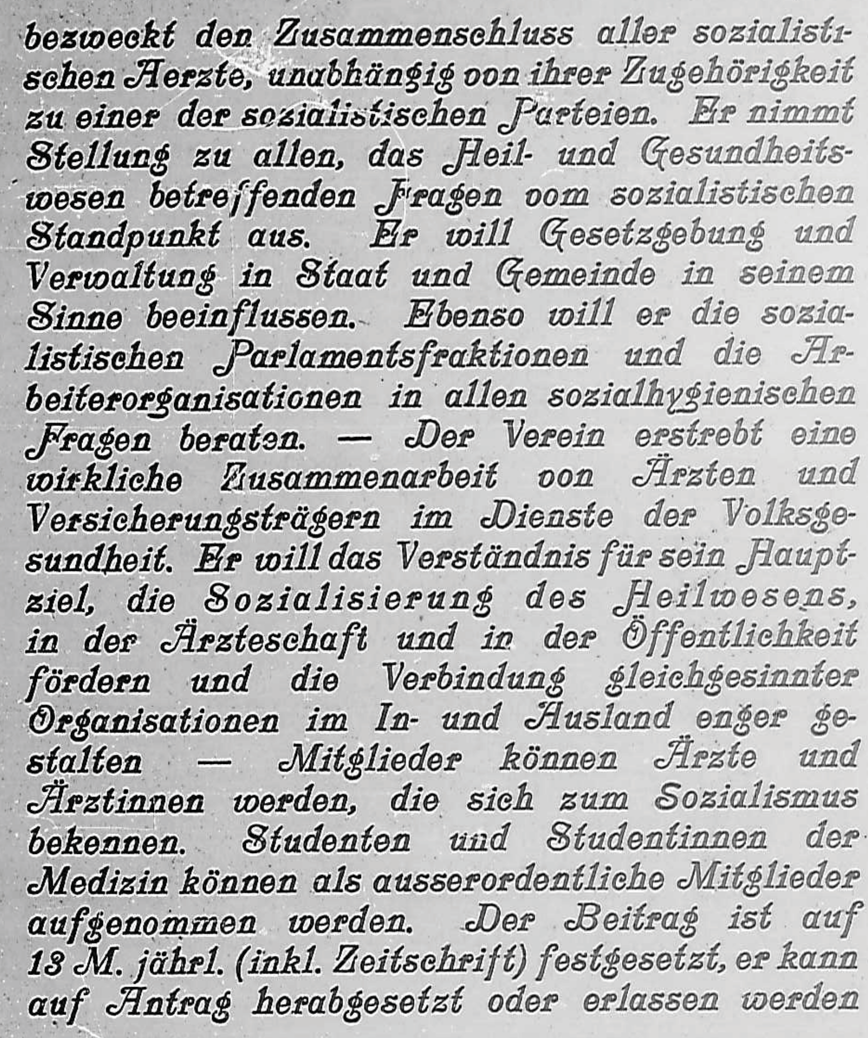
Internationale Vereinigung Sozialistischer Ärzte (IVSAe.)

(Vorläufige Richtlinien)

1. In der IVSAe. schließen sich die Aerzte aller Länder zusammen, die sich zum Sozialismus bekennen und die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen.
2. Der Anschluß geschieht durch die in den einzelnen Ländern bestehenden Organisationen sozialistischer Aerzte, seien sie einer der sozialistischen Parteien angegliedert oder auf überparteilicher sozialistischer Grundlage errichtet.
3. In den Ländern, in denen solche Organisationen noch nicht bestehen, können einzelne sozialistische Aerzte sich direkt der Internationalen Vereinigung oder der Organisation eines benachbarten Landes anschließen.
4. Das provisorische Komitee, bestehend aus ein bis zwei Mitgliedern der angeschlossenen Landesverbände, tritt im Bedarfsfalle zusammen.
5. Die IVSAe. unterhält ein Büro, dessen vorläufiger Sitz Berlin ist. Publikationsorgane sind „Der Sozialistische Arzt" und die Organe der anderen Gruppen.
6. Das Büro der IVSAe. sammelt, vermittelt und veröffentlicht Material über alle die sozialistischen Aerzte interessierenden Fragen und bereitet internationale Aktionen in Gemeinschaft mit den politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Arbeiterschaft vor.
7. Das Büro der IVSAe. veranlaßt in den Ländern, in denen Landesverbände noch nicht bestehen, deren Gründung.
8. Das Büro wird erhalten durch Beiträge der Landesverbände, deren Höhe durch Verhandlungen mit diesen festgelegt wird.

Der

Verein Sozialistischer Ärzte



bezweckt den Zusammenschluss aller sozialistischen Aerzte, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien. Er nimmt Stellung zu allen, das Heil- und Gesundheitswesen betreffenden Fragen vom sozialistischen Standpunkt aus. Er will Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde in seinem Sinne beeinflussen. Ebenso will er die sozialistischen Parlamentsfraktionen und die Arbeiterorganisationen in allen sozialhygienischen Fragen beraten. — Der Verein erstrebt eine wirkliche Zusammenarbeit von Ärzten und Versicherungsträgern im Dienste der Volksgesundheit. Er will das Verständnis für sein Hauptziel, die Sozialisierung des Heilwesens, in der Ärzteschaft und in der Öffentlichkeit fördern und die Verbindung gleichgesinnter Organisationen im In- und Ausland enger gestalten — Mitglieder können Ärzte und Ärztinnen werden, die sich zum Sozialismus bekennen. Studenten und Studentinnen der Medizin können als ausserordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Der Beitrag ist auf 13 M. jährl. (inkl. Zeitschrift) festgesetzt, er kann auf Antrag herabgesetzt oder erlassen werden

Hier abtrennen und an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191, einsenden!

*) Ich trete dem „V. S. Ä." als Mitglied bei
(Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt" gratis)

*) Ich bestelle hierdurch die Monatsschrift
„Der Sozialistische Arzt"
(Bezugspreis jährlich 4,50 Reichsmark inkl. Porti)

Name: ....

Ort: ....

Wohnung: ....

*) Nicht Zutreffendes ist zu streichen